

# A1

## Antrag an den Landesparteitag der Linken Niedersachsen

Antragsstellende: Thorben Peters (KV Lüneburg), Torben Franz (KV Nienburg), LAG Wohnen

### Wohnungslosigkeit beenden – Menschen vor Profite

Wohnungslosigkeit passiert nicht einfach so. Sie ist die direkte Folge eines Systems, in dem Wohnraum nicht als Menschenrecht zählt, sondern als Ware. In einem kapitalistischen Wohnungsmarkt wird gebaut, wo es sich lohnt – nicht da, wo Menschen Wohnungen brauchen. Und es wird leer stehen gelassen, wenn der Leerstand mehr Rendite bringt als eine Vermietung. Das ist kein Versagen – das ist Kalkül.

Dieses System produziert Armut, Ausgrenzung und Obdachlosigkeit – mitten in einem reichen Land. Es schützt nicht das Recht auf ein Zuhause, sondern das Recht auf Profit. Menschen mit geringem Einkommen, Alleinerziehende, Geflüchtete, queere Menschen, psychisch Erkrankte oder Menschen mit Suchtproblemen sind besonders betroffen – weil sie in dieser Logik als „nicht lukrativ“ gelten.

Wir sagen: Das ist nicht hinnehmbar. Kein Mensch darf ohne Dach über dem Kopf leben müssen – niemals und nirgendwo. Wer Gewinne mit Miete macht, macht sie auf dem Rücken der Schwächsten. Wir brauchen einen radikalen Kurswechsel: Schluss mit einem Wohnungsmarkt, der dem Profit dient. Wohnen ist ein Grundrecht. Und Grundrechte verkauft man nicht.

Wir fordern ein Landesprogramm zur Überwindung von Wohnungslosigkeit, das sich auf fünf zentrale Säulen stützt:

#### 1. Wohnungslosenprävention

- Die Kündigung von Mietverhältnissen wegen Mietrückständen muss verhindert werden. Das Land Niedersachsen soll ein **landesweites Fondsmodell zur Übernahme von Mietschulden** auflegen, das bei drohender Wohnungslosigkeit eingreift.
- Die **kommunalen Fachstellen für Wohnraumsicherung** sind flächendeckend personell und finanziell zu stärken.
- Wohnungsverluste durch Zwangsräumung sollen gesetzlich begrenzt werden – wir fordern ein **Moratorium für Zwangsräumungen in Fällen sozialer Not sowie ein Verbot von Stromsperrern**.
- Eine gesetzlich verankerte **Mietobergrenze im SGB II/XII und AsylbLG** muss die realistische Mietkosten in Niedersachsen abdecken.

## 2. Unterbringung von obdachlosen Menschen

- Obdachlosigkeit auf der Straße ist ein Ausdruck des Staatsversagens. Kommunen sind verpflichtet, den Schutz der Menschenwürde zu gewährleisten – dazu gehört die Bereitstellung menschenwürdiger, dezentraler, **barrierefreier und sicherer Unterkünfte**.
- Diese Unterkünfte müssen durch **geschultes Fachpersonal** betreut werden – insbesondere mit Kenntnissen in Sozialarbeit, Psychiatrie und Suchthilfe.
- Unterkünfte dürfen nicht als Dauerlösung gelten – daher fordern wir verbindliche **Übergangsfristen mit Perspektive auf eigene Wohnung**.
- Kommunen sollen **Notunterkünfte mit Rückzugsräumen für FLINTA-Personen**, queere Menschen und Jugendliche bereitstellen.
- Menschen in Unterkünften müssen zu ihren Belangen der Unterbringung mitsprechen dürfen. Wir fordern **Mitbestimmung von wohnungslosen Menschen**.

## 3. Streetwork – Prävention und direkte Hilfe auf der Straße

- **Streetwork** ist ein zentraler Bestandteil einer erfolgreichen Wohnungslosenhilfe. Die **Mobile Hilfsdienste** müssen flächendeckend in allen größeren Städten und auch in ländlichen Gebieten etabliert und ausreichend finanziert werden.
- **Streetworker:innen** müssen speziell geschult werden, um obdachlose Menschen in ihren eigenen Lebenswelten anzusprechen und direkt zu unterstützen. Dies umfasst nicht nur die Beratung zu Wohnmöglichkeiten, sondern auch psychosoziale Betreuung, Suchtberatung und Gesundheitsversorgung.
- Besonders **vulnerable Gruppen**, wie alleinstehende Frauen, Geflüchtete und LGBTQIA+ Personen, müssen durch spezialisierte Streetwork-Teams erreicht und geschützt werden.
- Kommunen sollen die **Kooperation zwischen Streetwork-Teams und Sozialdiensten, Polizei sowie Gesundheitsdiensten** fördern, um eine ganzheitliche Versorgung sicherzustellen.
- Streetwork darf **nicht kriminalisiert** werden – wir fordern, dass obdachlose Menschen als Opfer eines gescheiterten Systems und nicht als Straftäter behandelt werden.

## 4. Vermittlung in soziale Hilfen

- Jeder obdachlose Mensch hat Anspruch auf eine **Einzelfallhilfe**, die individuell zugeschnittene Unterstützungsmaßnahmen umfasst.
- Sozialämter und Jobcenter müssen verpflichtend mit den Fachstellen der Wohnungslosenhilfe kooperieren.
- Das Land muss ein Programm zur **sozialen Qualifizierung und Beschäftigung** für wohnungslose Menschen auflegen (z. B. durch Sozialbetriebe oder gemeinwohlorientierte Beschäftigungsprojekte).

- Die **kommunale Gesundheitsversorgung**, inklusive niedrigschwelliger medizinischer Hilfen, muss für wohnungslose Menschen zugänglich und ausgebaut werden.
- Lücken in der Versicherung müssen durch die Sozialhilfeträger getragen und geschlossen werden. Kein Mensch darf von der Regelleistung der GKV ausgeschlossen werden.

## 5. Housing First – Wohnen zuerst

- Wir fordern die **landesweite Einführung des Housing-First-Ansatzes** als Regelmodell: Menschen sollen direkt eine eigene Wohnung erhalten – ohne Vorbedingungen wie Abstinenz oder Therapie.
- Das Land soll **öffentlich-rechtliche Träger oder kommunale Wohnungsgesellschaften** mit der Bereitstellung und Verwaltung dieser Wohnungen beauftragen.
- Die Finanzierung muss über ein **dauerhaftes Landesprogramm Housing First Niedersachsen** erfolgen, inklusive Unterstützung für begleitende soziale Arbeit.
- Private Wohnungsanbieter sollen durch gesetzliche Vorgaben oder Förderinstrumente zur Kooperation verpflichtet werden.
- Jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt soll mindestens **einen Housing-First-Projektträger** mit garantierten Wohnungen erhalten.

**Die LINKE Niedersachsen stellt sich entschlossen gegen Armut, Ausgrenzung und Entwürdigung. Der Kampf gegen Wohnungslosigkeit ist Klassenkampf – und er beginnt jetzt.**

Das Menschenrecht auf Wohnen ist unteilbar. In einem reichen Land wie Deutschland darf kein Mensch ohne Wohnung leben müssen. Die Maßnahmen sind finanzierbar durch die Umverteilung von Mitteln aus dem Militär- und Abschiebeetat sowie durch eine **Wiedereinführung der Vermögensteuer**. Das Land Niedersachsen muss ein **Sondervermögen zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit** einrichten.

Der Landesparteitag fordert daher den Landesvorstand auf:

1. In der **Öffentlichkeit** das Thema zu vertreten und durch Material zu unterstützen, welcher in Zusammenarbeit mit der LAG Wohnen entstehen soll.
2. In Zusammenarbeit mit der LAG Wohnen ein **Kapitel für das Kommunalwahlrahmenprogramm sowie das Landtagswahlprogramm** zu entwerfen.
3. Das Thema Wohnungslosigkeit in seine **Bildungs- und Vernetzungsarbeit** z.B. in Form von Referierenden einzubinden.
4. Der Landesvorstand bereitet in diesem Sinne gemeinsam mit der LAG Wohnen einen Antrag für den kommenden **Bundesparteitag 2026** vor, mit dem Ziel die Forderungen im Programm der Linken dauerhaft zu verankern.